

Ostern 2004

Die Beitrittskandidaten der EU und die Zukunft Deutschlands

Am 1. Mai. 2004 werden 10 Staaten mit großen Hoffnungen der EU beitreten.

Malta, Zypern, Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Polen, Litauen, Lettland, und Estland.

Über Konsequenzen und Auswirkungen haben wir im Internet unter EU Erweiterung Ost berichtet.

Wir fürchten um die Arbeitsplätze und den sozialen Frieden besonders in Deutschland.

Unternehmen werden weiter bestehende Arbeitsplätze abbauen und in die neuen EU Länder verlagern.

Sie werden Arbeitnehmer aus den neuen EU Ländern in Deutschland zu niedrigen Löhnen einstellen müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Einerseits werden vor allem in Deutschland Menschen ihre Arbeit verlieren, aber andererseits werden neue „billige“ Arbeitsplätze entstehen.

Hierdurch wird im Gesamten die Arbeit in Deutschland zwar billiger. Es stellt sich die Frage, werden auch die Lebenshaltungskosten parallel sinken, um den vielen Menschen eine sichere Zukunft zu bieten?

Werden die Einsparungen reichen, um die Sozialkassen zu füllen?

Wir sind sicher, dass die Menschen in den alten EU Ländern benachteiligt werden, und das schürt Neid und Fremdenfeindlichkeit.

Die Steuereinnahmen werden weiter sinken und es bleiben immer weniger Steuerzahler übrig, um diese Last zu tragen.

Aus welchem Grund dürfen Unternehmen, welche Staatsaufträge erhalten, ihre Gewinne im Ausland zu günstigsten Steuersätzen realisieren?

Es ist für uns unbegreiflich, dass unsere Regierung dies nicht erkennt und gegensteuert.

Blechdosen, Windräder, Emissions-Handel, Mautmarktführerschaft, Ausbildungszwangsabgabe sowie das Glück der neuen EU-Partner sind anscheinend wichtiger für unsere Regierung als die Zukunft der Menschen, die heute in Deutschland leben.

Das ist einfacher. Eigentlich wäre jedes dieser Themen interessant genug, um es einzeln und kritisch zu betrachten!

Gewerkschaftler nutzen die Gunst der Stunde, obwohl sie mitverantwortlich sind an dem großen Lohn - und Sozialleistungsgefälle.

Moderate Forderungen hätten auch moderate Kosten zu Folge gehabt und unsere

Wettbewerbsfähigkeit sicher nicht in diesem Ausmass in Frage gestellt

Warum Abbau der Wehr – und Zivildienstpflicht ? Weshalb Abbau von Stellen in der Verwaltung und sogar bei der Bundesanstalt für Arbeit?

Bund - und Zivildienst haben den Jugendlichen immer eine erste Perspektive gegeben, weil sie vielleicht zum ersten Mal bemerkt haben, wie wichtig Ihre Arbeit sein kann.

Ein soziales Pflichtjahr für alle Jugendlichen ab 18 Jahren, wäre sicher die bessere Alternative.

Unsere Jugend wird demotiviert und eine Umverteilung von Arbeitsplätzen auf Schulen, Kindergärten, Polizei Feuerwehr, Krankenhäuser, Alten und Pflegeheime aber auch Landschaftsbau wäre auf jeden Fall sinnvoller.

Die EU hat bisher Millionen Arbeitsplätze gekostet und die Menschen nicht wirklich nahe zusammengebracht.

Frieden und Freundschaft würde es in Europa auch geben, wenn Zoll und Grenzen den Handel - und Warenverkehr, aber auch all die verlorenen Arbeitsplätze bestehen geblieben wären.

Überflüssiger Warenverkehr könnte dezimiert werden und mit Ihrer Währung waren die meisten Europäer vor dem Jahr 2000 auch zufrieden.

Trotz allem geben wir die Hoffnung nicht auf, dass die Menschen in ganz Europa aufwachen und Regierungen wählen, die wieder verantwortungsbewusst mit unserer Zukunft umgehen.

Ihr Holger te Heesen